

Die Neugestaltung der gemeinsamen Landwirtschaftlichen Politik

*

Finanzwissenschaftliche oder politische Behandlung der Agrarprobleme ?

von

Prof. Kostas SIMITIS, Landwirtschaftsminister

Die Debatte über die Neugestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nahm ihren Ausgang von der Auflehnung bestimmter Mitgliedsstaaten der EWG gegen die stets im Steigen begriffenen Ausgaben derselben für die Landwirtschaft und die Anhäufung der Überschüsse von Agrarprodukten. In der Tat, die landwirtschaftlichen Ausgaben belaufen sich heute auf über 60% des EWG-Etats. Im Jahre 1983 stiegen dieselben gegenüber dem Vorjahre um 28,2%. Bei dieser Tendenz laufen die Ressourcen der Gemeinschaft Gefahr erschöpft zu werden, was diese der Möglichkeit berauben würde ihre Politik auf neue Sektoren auszuweiten (etwa die Pläne für die Entwicklung der Mittelmeergebiete). Charakteristisch für die Überschüsse durfte das Beispiel von Butter sein. Im Juni 1983 erreichten die Butterbestände der Gemeinschaft 900.000 t. Die entsprechende griechische Jahresproduktion beläuft sich auf nur etwa 4000 t.

Der Grund des Übels ist nach der Auffassung vieler Mitgliedsstaaten in den hohen Preisen zu erblicken, welche die EWG-Produzenten genießen und in dem Umstand, dass diese ihnen zufließen, ungeachtet der Menge, welche ihre Produktion erreicht. Die Preise wirken hier als Anreize für eine immer höhere Produktion.

Um das Problem einer Lösung zuführen zu können haben die Premiermi-

nister der EWG-Staaten, bei ihrem Zusammentreffen in Stuttgart, die Neugestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik in Erwägung gezogen. Die Kommission hat bereits, in Erfüllung des Stuttgarterauftrages, Anregungen für die Neugestaltung formuliert. Diese sehen in den Hauptpunkten folgendes vor :

- a) Die Einführung einer "Garantieschwelle". Die Gemeinschaft wird Preise und/oder Subventionen in voller Höhe nur bis zum Produktionslimit zusichern, das durch die Garantieschwelle festgesetzt wird. Für die überschüssenden Mengen sollen die vorgesehenen Preise bzw. Zuschüsse herabgedrückt werden. Auf diese Weise werden für die Absatzkosten der überschüssenden Mengen auch die Produzenten aufkommen müssen (Prinzip der Mithaftung).
- b) Die Befolgung einer gehemmten Preispolitik. Die Bewilligung von Preiserhöhungen hat fortan beschränkt zu sein. Hierbei wären nicht allein die Entwicklung des landwirtschaftlichen Einkommens sondern noch die Preise auf dem Weltmarkt, der Marktbedarf selbst und die Möglichkeiten des Haushalts zu berücksichtigen.
- c) Die Erweiterung der Befugnisse der Kommission selbst, damit diese geschmeidiger auftreten und von sich aus, als angezeigt erscheinende Massnahmen zur Anwendung bringen kann.
- d) Die Abschaffung von Subventionen und Zuschüssen verschiedener Form in Fällen, in welchen diese nicht unbedingt erforderlich sind.
- e) Die Befolgung einer mehr tatkräftigen Exportpolitik für die Durchsetzung der Gemeinschaftsprodukte.

Die GAP hatte sich von Anfang an zur Aufgabe gemacht die bis dahin von jedem Mitgliedstaate (MS) befolgte eigene, nationale Agrarpolitik zu vereinheitlichen. Damit sollte der Weg geöffnet werden für die Schaffung eines einheitlichen Marktes, für die Stützung

des Einkommens der Produzenten der Gemeinschaft, für die Sicherung der Absatzmöglichkeiten in- und ausserhalb des Gemeinschaftsmarktes, die Selbstversorgung der Gemeinschaft an Nahrungsmitteln und schliesslich die Erzielung von zugänglichen und angemessenen Preisen für den Verbraucher der Gemeinschaft.

Diese Zielsetzung und die für die Verwirklichung derselben zur Anwendung gebrachten Massnahmen (vornehmlich die Organisierung von gemeinschaftlichen Märkten d.i. eine Gesamtzahl von Regelungen für jedes Erzeugnis) förderten in hohem Grade und verhalfen im bedeutendem Masse die anfänglich sechs und sodann neun MS, an der Wahl der zu befolgenden Agrikulturpolitik in West-Europa, was die Art des angestrebten Anbaues anlangte (Landwirtschaft auf kapitalmässiger Grundlage, ausdehnbarer Anbau). Gleichzeitig wurde den gemeinschaftlichen Produzenten dieser Länder in beträchtlichem Masse entgegengekommen, trotz der verschiedentlich laut gewordenen Proteste von Italien und mitunter auch von Frankreich wegen Begünstigung der anderen MS.

Der Beitritt von Griechenland im Jahre 1981, wie auch der bevorstehende Beitritt von Spanien und Portugal, fallen gerade mit zwei nennenswerten Aenderungen zusammen. Erstens mit der Anschwellung der Einwendungen finanzwirtschaftlichen Charakters gegen die GAP und sodann mit dem Bewusstsein bei den MS des Nordens, dass die GAP von sich aus allmählich eine Transformation erfährt und sich immer mehr, ihrem Inhalte nach, aufs "Mittelmeer" ausrichtet. Dies besagt, dass die politische Auffassung und die vorherrschende Richtung bezüglich der Art der für West-Europa gewünschten Landwirtschaft, sich modifiziert. Sozialpolitische Kriterien wie die Beibehaltung der Beschäftigung auf dem Lande und der Schutz des Einkommens der kleinen Produzenten erlangen immer grössere Bedeutung.

Unter diesen Umständen bilden die in unvermeidlicher Weise ansteigenden landwirtschaftlichen Ausgaben, in Verbindung mit den "Überschüssen" der gemeinschaftlichen Produktion, ein "Alibi" für eine wesentliche Wendung in der Behandlung der GAP oder, konkreter gesprochen, für die Einschränkung ihrer Bedeutung.

Die griechische Seite sieht trotz allem ein, dass eine Neugestaltung der GAP notwendig ist, in dem sie wie folgt argumentiert :

- a) Die Anwendung allgemeiner Regeln auf objektiv ungleiche Mitglieder (Produzenten, Gebiete, Länder, Erzeugnisse usw.) ohne Berücksichtigung der Besonderheiten jedes gegebenen Falles, bewirkt weitere Verschärfung der ursprünglichen Ungleichheiten.
- b) Der bestehende Schutz vor der ausländischen Konkurrenz, wahlweise statuiert, begünstigt heute nicht die des Schutzes mehr Bedürftigen sondern die an sich schon begünstigten Mitglieder der EWG. Ein solcher Schutz gilt etwa heute, um ein konkretes Beispiel anzuführen, man kann wohl sagen fast absolut, für die Milch- und die Tierzuchtprodukte und nur beschränkt für Agrumen und andere Gartenbauprodukte.
- c) Die von der Gemeinschaft befolgte strukturelle Politik erscheint differenziert, sowohl in Hinsicht auf die Entfaltung der Tätigkeit als auch bezüglich der finanziellen Mittel, welche aufgewendet werden. Die ohnehin mehr begünstigten Mitglieder haben daraus den grösseren Vorteil. So etwa haben die Niederlande im Jahre 1982 von der Orientierungskasse für jede in der Landwirtschaft beschäftigte Person 120 ECU bezogen, während Griechenland nur 26 ECU.
- d) In den gemeinsamen Marktorganisationen für die verschiedenen Produkte selbst wirken differenzierte Stützungsfaktoren, sowohl in Hinsicht auf die beanspruchten Mitteln als auch bezüglich

der unternommenen Tätigkeiten. Hier kommen wiederum die bereits Begünstigten am besten aus. Der Wert der Milchproduktion entspricht den 19% des Wertes der gesamten landwirtschaftlichen Produktion der Gemeinschaft. Die Unterstützungen für die Milch aus EWG-Etat erreichen 30% der landwirtschaftlichen Ausgaben. Bei dem Gesamtwert der Produktion werden die Gartenbauprodukte mit 12,6% vertreten, dafür jedoch werden nur 2,2% des landwirtschaftlichen Haushalts aufgewendet.

Angesichts der obigen Gegebenheiten vertritt die griechische Seite die Auffassung :

- a) dass der Auftrag von Stuttgart unter keinen Umständen als eine bloße Aufforderung zur Einschränkung der Ausgaben "um jeden Preis" aufgefasst werden darf, um die Erreichung eines gesteckten wirtschaftlichen Ziels zu ermöglichen.
- b) dass der Auftrag von Stuttgart sich vornehmlich auf die rationelle Verwendung der Geldmittel der Gemeinschaft bei der Umsetzung der GAP in die Tat bezieht und dabei noch die Anpassung der GAP an die Anforderungen der neuen Zeiten erheischt. Der Auftrag, anders ausgedrückt, lautet auf Neugestaltung der GAP zum Vorteil der weniger begünstigten Mitglieder der Gemeinschaft und keinesfalls auf Verengung der Grenzen dieser Politik.

Es muss noch in diesem Zusammenhange vermerkt werden, dass der über die GAP erfolgende Transfer von Finanzmitteln eine und nicht die einzige Tatsache der gemeinschaftlichen Wirklichkeit widerspiegelt.

Die Betriebsergebnisse der Gemeinschaft, die Opfer bzw die Vorteile, welche diese auch seien, für die MS, zeitigen sich nicht etwa durch bloße Umbuchungen von Finanzmitteln aus dem Etat,

Sondern leiten sich noch aus dem freien Warenverkehr innerhalb der Gemeinschaft ab wie auch aus dem Fluss des Handels und dem Geschäftsverkehr zwischen der Gemeinschaft und dritten Ländern. Es gibt bestimmte MS denen der Gemeinschaftsinterne Handel einen Segen bedeutet und andere, die nicht viel davon haben.

Vor dem Beitritt hatte ein kleiner Teil unserer landwirtschaftlichen Importe (weniger als 30%) als Ursprungsland die EWG. In den Jahren 1981 und 1982 haben sich die Verhältnisse abrupt geändert. Heute bezieht Griechenland von der EWG etwa 60% seiner Agrarimporte. Diesen Masstab kann man jedoch keineswegs auch auf die landwirtschaftlichen Exporte anwenden. Hier weisen die entsprechenden Daten keine nennenswerte Änderungen auf. Von 40% etwa im Jahre 1980, war ein Anstieg auf 45% im Jahre 1981 festzustellen, um schliesslich auf 48,4% im Jahre 1982 zu kommen.

Aus den obigen Daten erhellt sich, dass der Beitritt dieses Landes die Richtung seiner Exporte nicht in wesentlichem Masse beeinflusste. Dagegen bedingte der Beitritt eine entschiedene Differenzierung bei den Bezugsquellen der Importe. Diese Gestaltung der Dinge zeitigte im Endergebnis, dass der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zw. EWG und Griechenland statt positiv für letzteres auszufallen, negative Ergebnisse erbrachte. In der Gestalt eines Ausfalls von etwa Dr. 20 Mrd im Jahre 1982.

Die Etats bei den MS erreichen etwa 30 bis 40% des entsprechenden Roheinkommens pro Person. Der Haushalt der Gemeinschaft erreicht nicht einmal 1% der entsprechenden gemeinschaftlichen Grösse und kaum 2 bis 3% der Haushalte der MS zusammengenommen. Die GAP beansprucht etwa 0,6% des Roheinkommens der Gemeinschaft und etwa 1,5 bis 2% der Haushalte der MS zusammengenommen. Daraus kann geschlossen werden, dass vergleichsweise und mit Bezug auf

die Mammut-grossen nationalen Haushalte sowohl die steuerliche Belastung aus der GAP als auch die Distributionsmöglichkeiten des gemeinschaftlichen Etats und die Ausgaben wegen der GAP beschränkt sind.

Im Rahmen der GAP stellen die Ausgaben aus dem gemeinschaftlichen Etat nicht den einzigen Nachweis ausreichender Stützung eines Produktionssektors dar bzw. das einzige Mass für die Erfassung des entsprechenden Opfers, das die Gemeinschaft für diesen Sektor bringt. In einer Reihe von organisierten gemeinsamen Märkten (in der Hauptsache für Mittelmeererzeugnisse wie Tabak, Olivenöl, Rosinen, verarbeitete Gartenprodukte) da der Schutz gegenüber Konkurrenz- oder Ersatzerzeugnissen nicht existent ist, trägt der Haushalt die ganze Last der Stützung. Bei anderen Erzeugnissen, welche einen ausnehmend wirksamen Schutz geniessen, erübrigen sich die Stützungs-massnahmen aus dem Haushalte.

Das Argument also, dass die Ausgabe für ein bestimmtes Produkt, etwa Rosinen, hoch wäre, reicht nicht aus für die Begründung der Behauptung, dass das betreffende Produkt privilegiert behandelt wird. Privilegierte Behandlung kann nämlich auch ohne hohe Ausgaben bestehen.

Als die GAP ihren Start nahm, betraf sie eine Gemeinschaft mit mehr oder weniger wesensgleiche Probleme. Heute freilich ist es anders. Die gegenwärtige GAP betrifft eine Gemeinschaft mit ausgesprochen differenzierten Gebieten und einer Mittelmeerdimension, mit ungleichen Produktionsverhältnissen und stark betonten Besonderheiten pro Gebiet und pro MS.

Die GAP funktionierte seinerzeit in einer Periode internationaler Wirtschaftsblüte. Heute sind dagegen Umstände internationaler Wirtschaftskrise obwaltend, eine an und abschwellende Inflation bei

den verschiedenen MS, Probleme die bei der Zahlungsbilanz aufkommen. Die GAP hat heute einer ganz anderen Wirklichkeit entgegenzutreten und dabei zu berücksichtigen :

a) innerhalb der Gemeinschaft :

die ausgesprochenen Ungleichheiten und Besonderheiten einzelner Grenzgebiete,

b) ausserhalb der Gemeinschaft :

- das Ernährungsproblem der Länder der dritten Welt,
- die in den Beziehungen mit den grossen, landwirtschaftlichen Exportländern freier Wirtschaft aufkommende Problematik,
- die Möglichkeiten der Entwicklung eines Austauschhandels mit Ländern mit zentralen Wirtschaftsplanung.

Artikel 39 des Vertrags von Rom sieht eine fünffache Zielsetzung für die GAP vor :

1. Erhöhung der Produktivität bei der Landwirtschaft mittels rationeller Entwicklung der Agrarproduktion und der denkbar besten Auswertung der Produktionsfaktoren.
2. Sicherung für die Landbevölkerung eines befriedigenden und gerechten Lebensstandes, vornehmlich durch Erhöhung ~~des~~ individuellen Einkommens der auf dem Lande Beschäftigten.
3. Stabilisierung der Marktverhältnisse.
4. Sicherung des erforderlichen Masses für die Ernährungsversorgung.
5. Sicherung eines angemessenen Preisniveaus für die Verbraucher.

Für die Erreichung der obigen Ziele muss eine Revidierung der ganzen Maschinerie der GAP zu einer wirksamen und "wirtschaftlichen" Verwendung der zur Verfügung stehenden Finanzmitteln führen.

Da jedoch weder die Produktivität noch das landwirtschaftliche Einkommen (absolut oder relativ genommen), noch die sonstigen Umstände in allen Gebieten und bei allen MS der Gemeinschaft die gleichen sind, wird durch die ungleichmässige und nicht übereinstimmende Entwicklung im Inneren der Gemeinschaft die Notwendigkeit bedingt bei der Anwendung der GAP in der Praxis wahlweise vorzugehen und das Prinzip der Priorität bei der Verwendung der Finanzmittel einzuhalten.

Wenn man das oben dargelegte vor Augen hält, erscheinen die Vorschläge der Kommission nicht als befriedigend.

Die wichtigsten Wesenszüge dieser Kommissionsvorschläge könnten wie folgt zusammengefasst werden :

- a) Drastische Ersparnisse, waagerecht durchgesetzt, somit von totalem Charakter und alle Erzeugnisse ergreifend.
- b) Versuch der Einschränkung der gesamten landwirtschaftlichen Produktion der Gemeinschaft, wiederum ganz horizontal, alle Erzeugnisse und alle Produzenten erfassend,
- c) Ignorierung des Prinzips der Präferenz bei der Gemeinschaft von bestimmten Erzeugnissen, bestimmter Gemeinschaftsgebiete.
- d) Übertragung an alle Produzenten und für alle Erzeugnisse der Verantwortung für den Absatz der Überschüsse.

Angesichts der Tatsache, geschaffen durch die Vereinbarungen mit dritten Ländern, erkennt die Kommission, die damit auch nicht anders verfahren kann, an, dass ein Teil der von der Gemeinschaft getätigten Ausgaben durch den politisch motivierten Abschluss von besonderen Vorzugsvereinbarungen mit dritten Ländern veranlasst wird, was fast ausschliesslich auch der Grund der in Zeitabständen

aufkommenden "künstlichen" Überschüssen von Mittelmeererzeugnissen sein durfte. Es ist erwähnenswert, dass die Kommission diese Erscheinung feststellt und nicht bestreitet, vermeidet jedoch in dem Falle irgendeine konkrete Lösung vorzuschlagen, bis auf eine freilich : auch die Produzenten dieser Erzeugnisse sollten im Grunde genommen die Last des Bekenntnisses zu einer allgemeinen Handels- und Aussenpolitik der EWG tragen.

Bei den Anregungen der Kommission kommt die paradoxe Erscheinung auf, dass die bestehenden Probleme mit fachmännischer Schärfe, klündig und richtig erfasst und dargelegt werden, die geäusserten Vorschläge jedoch für die Heilung des Übels etwas vag und generalisiert ausfallen und im Endergebnis grob ungleichen und weniger ungleichen dieselbe Behandlung widerfahren lassen. Das Ergebnis davon ist, dass die ungleichen Tendenzen bei der Landwirtschaft der Gemeinde nicht beseitigt oder erhalten, sondern eher bestärkt werden.

Die Kommission regt an eine neue finanzwirtschaftliche Richtlinie zu statuieren, nach welcher der Erhöhungskoeffizient der landwirtschaftlichen Ausgaben niedriger sein wird als derjenige der Erhöhung der Ressourcen der Gemeinschaft.

Die finanzwirtschaftlichen Mittel, welche für die Umsetzung der GAP in die Tat zur Verfügung stehen werden in einen durch zwei Grundeinschränkungen geschaffenen Rahmen eingeschlossen. Diese sind :

- a) die statuierten eigenen Bezugsquellen der Mittel der Gemeinschaft und
- b) die Notwendigkeit der Durchführung auch anderer Finanzierungen durch die Gemeinschaft, ausser der von der GAP vorgesehenen .

Solange man den obigen Parameter unter lit. a für endgültig gegeben und unerschütterlich hält, dürfte es wohl von logischer Konsequenz sein zu verlangen, dass der Erhöhungsrhythmus der Ausgaben für die GAP den Schritt der Erhöhung der eigenen Mittel der Gemeinschaft nicht überholt. Die Einhaltung einer solchen Regel ist von Sinn, wenn diese innerhalb einer kurzen Zeitspanne (etwa von höchstens fünf Jahren) gewahrt wird. Wird aber ein langer Zeitraum ins Auge gefasst, dann sollten richtigerweise die eigenen Ressourcen der Gemeinschaft den durch ihre politischen Zielstrebnungen geschaffenen Bedürfnissen angepasst werden und nicht umgekehrt. Somit erscheint jede, ständig gemeinte, einschränkende Regel, das Erhöhungstempo der Ausgaben für die GAP betreffend, als irrig und dürfte daher nicht annehmbar sein.

Die Finanzierung der Verfolgung neuer politischen Ziele darf keinesfalls die Reduktion der für die Umsetzung der GAP in die Tat erforderlichen, ja unerlässlichen Mittel zur Folge haben.

Die Finanzierungsbedürfnisse der GAP werden von den Mitteln und Massnahmen vorgeschrieben, welche für die Förderung der vorgesehenen Zwecke und die Erreichung der gesteckten Ziele nicht zu missen sind. Für die Einweihung jeder neuen Politik sind auch neue, zusätzliche Einnahmen erforderlich. Die griechische Seite vertritt deswegen die Auffassung, dass es vonnöten ist Mittel und Wege zu finden, um die Einnahmen der Gemeinschaft zu erhöhen.

Die von der Kommission formulierten Vorschläge und die von den nördlichen Ländern ausgeübte Kritik gehen von einer staatswirtschaftlichen oder streng finanziellen Bewertung der Agrarpolitik aus. Letztere jedoch darf sich nicht allein und ausschliesslich auf staatswirtschaftliche und finanzielle Berechnungen fundieren.

Die Agrarpolitik hat auch ihre sozialen Seiten. Sie ist nicht allein auf die Wirtschaft, sondern auch auf die allgemeine Politik eingestellt. Angestrebt wird nämlich in dem Falle nicht allein die Erhöhung des Lebensstandes auf dem Lande, sondern noch die Entwicklung des nicht städtischen Raumes, der den weit- aus breiteren Teil des Landes ausmacht.

1

~~Der 1. Teil ist ein~~
~~Wahl ob 10. B. für~~
~~1.1. will man sich~~
~~Praktische zu~~
~~ist, wird sehr~~
~~schwierig~~

Die Diskussionen über den Ausweg aus der Krise, die die Europäische Gemeinschaft kennzeichnet, scheinen nicht fortzuschreiten. In der Öffentlichkeit aller Länder macht sich Mißmut deutlich. Die einfache Frage, können die Mitgliedsländer ihre Gegensätze nicht überbrücken, sind die Probleme so kompliziert, daß es keine Lösungen gibt, wird üblicherweise mit Appellen an das gemeinsame europäische Schicksal, an die europäische Solidarität beantwortet aber nicht mit praktischen Lösungen. Denn Lösungen sind schwer zu erreichen. Europa, und das wird zu Gunsten einer simplifizierenden europäischen Ideologie all zu leicht vergessen, ist von Gegensätzen gekennzeichnet, sozialen, wirtschaftlichen, politischen. Ich will einige erwähnen um nachher an Hand des Beispiels der gemeinsamen Agrarpolitik exemplifizieren wie sich diese Gegensätze im Alltag bei der Anwendung einer Politik auswirken.

~~SSS~~

Ein markanter Gegensatz ist der Nord-Süd Gegensatz. Die südlichen Länder der Gemeinschaft haben nicht die gleiche wirtschaftliche und soziale Struktur wie die nördlichen Länder. Sie verfügen nicht über eine entwickelte Wirtschaft, eine wirksame Verwaltung, eine soziale Organisation die es ihnen erlauben würde die Probleme, die eine sich zu lösende internationale Konkurrenz ^{schaffen die} ~~schaffen~~ internationale Verflechtung der Wirtschaft ^{zu meistern} ~~zu meistern~~ zu meistern. Die Auffassung die ~~am~~ Ende der fünfziger Jahre vorherrschte, daß die europäische Einigung sich realisieren könne, indem man die naturgemäß auftretenden Anpassungsschwierigkeiten bei der Überführung nationaler Volkswirtschaften in supranationale Organisationsformen überwinden könne, mit relativ kurzen Übergangsperioden ^{mit} ~~mit~~ partiellen Adaptationsregulierungen, bewahrheitet sich nicht. Die Adaptationsregulierungen helfen nicht. Der italienische Bauer des Südens hat ^{seinen} ~~sein~~ Lebensstandard erhöht. Der Abstand zu seinem Kollegen des Nordens hat sich aber erweitert. Liberalistische Anpassungsmechanismen wirken nicht. Eine Gemeinschaft, die das übersteht droht zu einem supranationalen Gebilde, auszuarten, das von oben her aufgezwungen wird und damit nationale und regionale Widerstände erweckt.

Zwischen den entwickelten Industriemächten der Gemeinschaft gibt es eine verschiedene außenpolitische Ausrichtung. Für einige, die ~~auf~~ den internationalen Handel und die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten eine große Bedeutung beimessen. ^{maß} ~~maß~~ Europa ~~als~~ ein privilegierter Partner der Vereinigten Staaten sein und bleiben. Die Herstellung eines gesamten europäischen Wirtschaftsraumes muß unter der Bedingung erfolgen, daß die Handlungseinheit mit den Vereinigten Staaten nicht gefährdet wird. Die andere Ausrichtung ist bisher nicht so markant in Erscheinung getreten. Sie folgt der Vorstellung eines europäischen Zusammenschlusses. ~~Sieht die Notwendigkeit~~ um zwischen den großen Wirtschaftseinheiten der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion eine dritte selbständige Kraft zu schaffen. Sie tendiert daher das besondere europäische Interesse zu betonen. Die Folge des Gegensatzes ist, daß ~~es~~ bis heute eine dynamische europäische Exportpolitik nicht entwickelt werden konnte.

3
Ein weiterer Gegensatz ist durch die Frage gekennzeichnet, wie viel geben wir für das neue Europa aus. Diese Frage beherrscht die Diskussion über die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik.

4

Die Neugestaltung der gemeinsamen Landwirtschaftlichen Politik

*

Finanzwissenschaftliche oder politische Behandlung der Agrarprobleme ?

von

Prof. Kostas SIMITIS, Landwirtschaftsminister

Die Debatte über die Neugestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ^{hat ihren Ursprung im Protest} nahm ihren Ausgang ~~von der Auflehnung~~ bestimmter Mitgliedsstaaten, der EWG gegen die stets im Steigen begriffenen Ausgaben ~~derselben~~ für die Landwirtschaft und die Anhäufung der Überschüsse von Agrarprodukten. In der Tat, die landwirtschaftlichen Ausgaben belaufen sich heute auf über 60% des EWG-Etats. Im Jahre 1983 stiegen ^{so} ~~dieselben~~ gegenüber dem Vorjahre um 28,2%. Bei dieser Tendenz laufen die Ressourcen der Gemeinschaft Gefahr erschöpft zu werden, ^{Die Gemeinschaft} ~~was diese der~~ ^{wird der} Möglichkeit berauben ~~wird~~ ihre Politik auf neue Sektoren auszu- ^{neuer Industriezweige} ~~der Mittelmeergebiete~~ dehnen (etwa die Pläne für die Entwicklung ~~der Mittelmeergebiete~~). Charakteristisch für die Überschüsse durfte das Beispiel von Butter sein. Im Juni 1983 erreichten die Butterbestände der Gemeinschaft 900.000 t. Die ^{allein fast 25 mal der} ~~entsprechende~~ griechische Jahresproduktion ~~beläuft sich auf nur etwa 4000 t.~~

Der Grund des Übels ist nach der Auffassung vieler Mitgliedsstaaten in den hohen Preisen zu erblicken, ~~welche die EWG-Produzenten ge-~~ ^{den Produzenten zu} ~~niessen und in dem Umstand, dass diese ihnen zufließen,~~ ungeachtet der Menge, welche ihre Produktion erreicht. Die Preise wirken ~~hier~~ als Anreize für eine immer höhere Produktion.

Um das Problem einer Lösung zuführen zu können haben die Premiermi-

nister der EWG-Staaten, bei ihrem Zusammentreffen in Stuttgart, die Neugestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik in Erwägung gezogen. Die Kommission hat bereits, in Erfüllung des Stuttgarterauftrages, Anregungen für die Neugestaltung formuliert. Diese sehen in den Hauptpunkten folgendes vor :

- a) Die Einführung einer "Garantieschwelle". Die Gemeinschaft wird Preise und/oder Subventionen in voller Höhe nur bis zum Produktionslimit zusichern, das durch die Garantieschwelle festgesetzt wird. Für die überschüssenden Mengen sollen die vorgesehenen Preise bzw. Zuschüsse herabgedrückt ^{oder abgeschafft} werden. Auf diese Weise werden für die Absatzkosten der überschüssenden Mengen ~~auch~~ die Produzenten aufkommen müssen (Prinzip der Mithaftung).
- b) Die Befolgung einer ^{Vorsichtigen} ~~gehemmten~~ Preispolitik. Die Bewilligung von Preiserhöhungen hat fortan beschränkt zu sein. Hierbei wären nicht allein die Entwicklung des landwirtschaftlichen Einkommens sondern noch die Preise auf dem Weltmarkt, der Marktbedarf selbst und die Möglichkeiten des Haushalts zu berücksichtigen.
- c) Die Erweiterung der Befugnisse der Kommission selbst, damit diese ^{wirksamer handeln} ~~geschmeidiger auftreten~~ und von sich aus, ^{als} ~~angezeigt erscheinende~~ Massnahmen ^{anwenden} ~~zur Anwendung bringen~~ kann.
- d) Die Abschaffung von Subventionen und Zuschüssen verschiedener Form in Fällen, in welchen diese nicht unbedingt erforderlich sind.
- e) Die Befolgung einer mehr tatkräftigen Exportpolitik für die ^{Absatz} ~~Durchsetzung~~ der Gemeinschaftsprodukte.

Die GAP hatte sich von Anfang an zur Aufgabe gemacht die bis dahin von jedem Mitgliedstaate (MS) befolgte eigene, nationale Agrarpolitik zu vereinheitlichen. Damit sollte der Weg geöffnet werden für die Schaffung eines einheitlichen Marktes, für die Stützung

6

des Einkommens der Produzenten der Gemeinschaft, für die Sicherung der Absatzmöglichkeiten in- und ausserhalb des Gemeinschaftsmarktes, die Selbstversorgung der Gemeinschaft an Nahrungsmitteln und schliesslich die Erzielung von zugänglichen und angemessenen Preisen für den Verbraucher der Gemeinschaft.

Diese Zielsetzung und die für ^{ihre} ~~die~~ Verwirklichung ^{getroffene} ~~derselben zur Anwendung gebrachten~~ Massnahmen (vornehmlich die Organisierung von gemeinschaftlichen Märkten d.i. eine Gesamtzahl von Regelungen für jedes Erzeugnis) ^{die Landwirtschaftliche Produktion der Landwirtschaft - Sie waren im Einklang mit den von den befolgt politischen} ~~förderten in hohem Grade und verhalfen im bedeutenden Masse die anfänglich sechs und sodann neun MS, an der Wahl der zu befolgenden Agrikulturpolitik in West-Europa, was die Art und Landwirtschaftlichen Betrieben die den Grundätzen einer kapitalistischen des angestrebten Anbaues anlangte (Landwirtschaft auf kapitalmässiger Grundlage, ausdehnbarer Anbau).~~ ^{Diese Politik stützt sich auf hennenswerten Widerstand, wegen der allgemein günstigen wirtschaftlichen} ~~Gleichzeitig wurde den gemeinschaftlichen Produzenten dieser Länder in beträchtlichem Masse entgegengekommen, trotz der verschiedentlich laut gewordenen Proteste von Italien und mitunter auch von Frankreich wegen Begünstigung der anderen MS.~~

Der Beitritt von Griechenland im Jahre 1981, wie auch der bevorstehende Beitritt von Spanien und Portugal, fallen gerade mit zwei nennenswerten Aenderungen zusammen. Erstens mit der Anschwellung der Einwendungen finanzwirtschaftlichen Charakters gegen die GAP und sodann mit dem Bewusstwerden bei den MS des Nordens, dass die GAP von sich aus allmählich eine Transformation erfährt und sich immer mehr, ihrem Inhalte nach, aufs "Mittelmeer" ausrichtet. ~~Dies besagt, dass~~ ^{sich allmählich} ~~die politische Auffassung und die vorherrschende Richtung bezüglich der Art der für West-Europa gewünschten Landwirtschaft, sich modifiziert.~~ Sozialpolitische Kriterien wie die Beibehaltung der Beschäftigung auf dem Lande und der Schutz des Einkommens der kleinen Produzenten erlangen ^{eine} ~~immer~~ grössere Bedeutung.

Unternehmerorganisationen, Kapitalintensiv sind, grosse Flächen mit entwickelten landwirtschaftlichen Betrieben. Der Beitritt war eine Aktivitätssteigerung und Verminderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung mittels Förderung der unternehmerisch ausgerichteten Großbetriebe zu erreichen.

10 für die Staaten, die kein Interesse mehr an einer Weiterbefolgung der GAP haben, da sie ihre wesentlichen Ziele erreicht haben

7

Unter diesen Umständen bilden die in unvermeidlicher Weise ansteigenden landwirtschaftlichen Ausgaben, in Verbindung mit den "Überschüssen" der gemeinschaftlichen Produktion, ein "Alibi" für eine wesentliche Wendung in der Behandlung der GAP oder, konkreter gesprochen, für die Einschränkung ihrer Bedeutung.

Aber es sind nicht nur die Stimmen im Norden die die griechische Seite sieht trotz allem ein, dass eine Neugestaltung der GAP notwendig ist, in dem sie wie folgt argumentiert:

- a) Die Anwendung allgemeiner Regeln auf objektiv ungleiche Mitglieder (Produzenten, Gebiete, Länder, Erzeugnisse usw.) ohne Berücksichtigung der Besonderheiten jedes gegebenen Falles, bewirkt weitere Verschärfung der ursprünglichen Ungleichheiten. *Holland, Griechenland und andere*
- b) Der bestehende Schutz vor der ausländischen Konkurrenz, wahlweise statuiert, begünstigt heute nicht die des Schutzes mehr Bedürftigen sondern die an sich schon begünstigten Mitglieder der EWG. Ein solcher Schutz gilt etwa heute, um ein konkretes Beispiel anzuführen, man kann wohl sagen fast absolut, für die Milch- und die *Fleisch* ~~Tierzucht~~produkte und nur beschränkt für *Zitrusfrüchte* ~~Agrumen~~ und andere Gartenbauprodukte.
- c) Die von der Gemeinschaft befolgte strukturelle Politik ~~er~~ *ist vernachlässigt worden* scheint differenziert, sowohl in Hinsicht auf die *Unterstützung* ~~Entfaltung~~ der Tätigkeit, als auch bezüglich der finanziellen Mittel, welche aufgewendet werden. Die ohnehin mehr begünstigten Mitglieder haben daraus den grösseren Vorteil. So etwa haben die Niederlande im Jahre 1982 von der Orientierungskasse für jede in der Landwirtschaft beschäftigte Person 120 ECU bezogen, während Griechenland nur 26 ECU.
- d) In den gemeinsamen Marktorganisationen für die verschiedenen Produkte selbst *bestehen* ~~wirken~~ differenzierte Stützungs*mechanismen* ~~faktoren~~, sowohl in Hinsicht auf die beanspruchten Mitteln als auch bezüglich

der unternommenen Tätigkeiten. Hier kommen wiederum die bereits Begünstigten am besten aus. Der Wert der Milchproduktion entspricht den 19% des Wertes der gesamten landwirtschaftlichen Produktion der Gemeinschaft. Die Unterstützungen für die Milch aus EWG-Etat erreichen 30% der landwirtschaftlichen Ausgaben. Bei dem Gesamtwert der Produktion werden die Gartenbauprodukte mit 12,6% vertreten, dafür jedoch werden nur 2,2% des landwirtschaftlichen Haushalts aufgewendet.

Angesichts der obigen Gegebenheiten vertritt ^{südlichen Länder} die griechische Seite die Auffassung :

- a) dass der Auftrag von Stuttgart unter keinen Umständen als eine bloße Aufforderung zur Einschränkung der Ausgaben "um jeden Preis" aufgefasst werden darf, ~~um die Erreichung eines gesteckten wirtschaftlichen Ziels zu ermöglichen.~~
- b) dass der Auftrag von Stuttgart sich vornehmlich auf die rationelle Verwendung der Geldmittel der Gemeinschaft ~~bei der Umsetzung der GAP in die Tat~~ bezieht und dabei ~~noch~~ die Anpassung der GAP an die Anforderungen der ~~neuen~~ ^{fordert} Zeiten ~~erheischt.~~ Der Auftrag, anders ausgedrückt, lautet auf Neugestaltung der GAP zum Vorteil der weniger begünstigten Mitglieder der Gemeinschaft und keinesfalls auf Verengung der ^{Rahmen} ~~Grenzen~~ dieser Politik.

Es muss ~~noch~~ in diesem Zusammenhange vermerkt werden, dass der über die GAP erfolgende Transfer von Finanzmitteln ^{Aspekt aber} eine ~~und~~ nicht die ^{Aspekt} ~~einzigste~~ ^{wirtschaftlichen} Tatsache der gemeinschaftlichen Wirklichkeit widerspiegelt. ^{Argument.} ~~Sie erhalten so viel vom gemeinschaftlichen Haushalt wie sie die Federn. Die Antwort ist. Das die Folgen für die einzelnen Staaten die Nachteile~~
^{das Bestehens} ~~Die Betriebsergebnisse~~ der Gemeinschaft, die ~~Opfer~~ ^{immer noch} bzw die Vorteile, welche diese auch ~~sein~~ ^{geben} für die MS, ~~zeitigen sich nicht etwa durch bloße Umbuchungen von Finanzmitteln aus dem Etat, allein zu betrachten.~~ ^{nur aus dem Haushalt. Es geht um die Haushaltsposten und dann} ^{sehen}

9

Die weitwältigeren Folgen ergeben sich ~~sondern leiten sich noch~~ aus dem freien Warenverkehr innerhalb der Gemeinschaft ab wie auch aus ~~dem Fluss des Handels und dem Geschäftsverkehr~~ zwischen der Gemeinschaft und dritten Ländern. Es gibt bestimmte MS denen der Gemeinschaftsinterne Handel einen Segen bedeutet und andere, die nicht viel davon haben.

Vor dem Beitritt hatte ein kleiner Teil unserer landwirtschaftlichen Importe (weniger als 30%) als Ursprungsland die EWG. In den Jahren 1981 und 1982 haben sich die Verhältnisse abrupt geändert. Heute bezieht Griechenland von der EWG etwa 60% seiner Agrarimporte. Diesen Masstab kann man jedoch keineswegs auch auf die landwirtschaftlichen Exporte anwenden. Hier weisen die entsprechenden Daten keine nennenswerte Änderungen auf. Von 40% etwa im Jahre 1980, war ein Anstieg auf 45% im Jahre 1981 festzustellen, um schliesslich auf 48,4% im Jahre 1982 zu kommen.

Aus den obigen Daten erhellt sich, dass der Beitritt ^{Griechenlands} ~~dieses Landes~~ die Richtung seiner Exporte nicht in wesentlichem Masse beeinflusste. Dagegen bedingte der Beitritt eine entschiedene Differenzierung bei den Bezugsquellen der Importe. Diese Gestaltung der Dinge ^{hatte zum} ~~zeitigte im~~ ^{Ende} ~~Ergebnis~~, dass der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zw. EWG und Griechenland statt positiv für ~~letzteres~~ auszufallen, negative Ergebnisse erbrachte. ¹⁰ ~~In der Gestalt eines Ausfalls von etwa Dr. 20 Mrd im Jahre 1982 ist~~

Die Etats ^{einzelnen} ~~bei den~~ MS erreichen etwa 30 bis 40% des entsprechenden ^{nationale Brutto} ~~Reineinkommens~~ pro Person. Der Haushalt der Gemeinschaft erreicht nicht einmal 1% der entsprechenden gemeinschaftlichen Grösse und kaum 2 bis 3% der Haushalte der MS zusammengenommen. Die GAP beansprucht etwa 0,6% des ^{Brutto} ~~Reineinkommens~~ der Gemeinschaft und etwa 1,5 bis 2% der Haushalte der MS zusammengenommen. Daraus kann geschlossen werden, dass vergleichsweise und mit Bezug auf

Die positive Handelsbilanz auf dem Agrarsektor wurde negativ. 1982 zeigte der Ausfall 20 Mrd. Die

die Mammut-grossen nationalen Haushalte sowohl die steuerliche Belastung aus der GAP als auch die Distributionsmöglichkeiten des gemeinschaftlichen Etats und die Ausgaben wegen der GAP beschränkt sind.

Im Rahmen der GAP stellen die Ausgaben aus dem gemeinschaftlichen Etat nicht den einzigen Nachweis ausreichender Stützung eines Produktionssektors dar bzw. das einzige Mass für die Erfassung des entsprechenden Opfers, das die Gemeinschaft für diesen Sektor bringt. ¹⁰ In einer Reihe von organisierten gemeinsamen Märkten (in der Hauptsache für Mittelmeererzeugnisse wie Tabak, Olivenöl, Rosinen, verarbeitete Gartenprodukte) da der Schutz gegenüber Konkurrenz- oder Ersatzerzeugnissen ^{gering oder} nicht existent ist, trägt der Haushalt die ganze Last der Stützung. Bei anderen Erzeugnissen, welche einen ausnehmend wirksamen Schutz geniessen, erübrigen sich die Stützungsmassnahmen aus dem Haushalte.

Das Argument also, dass die Ausgabe für ein bestimmtes Produkt, etwa Rosinen, hoch wäre, reicht nicht aus für die Begründung der Behauptung, dass das betreffende Produkt privilegiert behandelt wird. Privilegierte Behandlung kann nämlich auch ohne hohe Ausgaben bestehen, ^{durch hohe Produktion, die Letztend auf der Verbraucher bezahlt}

Als die GAP ihren Start nahm, betraf sie eine Gemeinschaft mit mehr oder weniger wesensgleiche Probleme. Heute freilich ist es anders. Die gegenwärtige GAP betrifft eine Gemeinschaft mit ^{unterschiedlich entwickelten} gesprochen differenzierten Gebieten ^{und} einer Mittelmeerdimension, ^{die jetzt noch mehr an Bedeutung gewinnen wird} mit ungleichen Produktionsverhältnissen und stark betonten Besonderheiten pro Gebiet ~~und pro MS.~~

Die GAP funktionierte seinerzeit in einer Periode internationaler Wirtschaftskrise. ^{entw. wie eine doppelte in heutzutage} Heute sind dagegen ^{mit verschiedenen Inflationen} Umstände internationaler Wirtschaftskrise obwaltend, eine ~~anundabschwellende Inflation bei~~

100
Einen genauen
Überblick
gewinnt

in den verschiedenen MS, ^{and entstehen} Probleme, ^{in den} die bei der Zahlungsbilanz auf-
~~kommen~~. Die GAP hat heute einer ganz anderen Wirklichkeit ent-
^{zu bewältigen. Sie muß in Betracht ziehen}
~~gegenzutreten und dabei zu berücksichtigen :~~

- a) innerhalb der Gemeinschaft :
 die ausgesprochenen Ungleichheiten und Besonderheiten einzel-
 ner Grenzgebiete,
- b) ausserhalb der Gemeinschaft :
 - das Ernährungsproblem der Länder der dritten Welt,
 - die in den Beziehungen mit den grossen, landwirtschaftlichen
 Exportländern freier Wirtschaft aufkommende Problematik,
 - die Möglichkeiten der Entwicklung eines Austauschhandels mit
 Ländern mit zentralen Wirtschaftsplanung.

Artikel 39 des Vertrags von Rom sieht eine fünffache Zielsetzung
 für die GAP vor :

1. Erhöhung der Produktivität bei der Landwirtschaft mittels ra-
 tioneller Entwicklung der Agrarproduktion und der denkbar besten
 Auswertung der Produktionsfaktoren.
2. Sicherung für die Landbevölkerung eines befriedigenden und ge-
 rechten Lebensstandards, vornehmlich durch Erhöhung des indi-
 viduellen Einkommens der auf dem Lande Beschäftigten.
3. Stabilisierung der Marktverhältnisse.
4. Sicherung des ^{Versorgung der Bevölkerung der} erforderlichen Masses ^{mittels} für die Ernährungsversor-
~~gung.~~
5. Sicherung eines angemessenen Preisniveaus für die Verbraucher.

^{Die}
~~Für die Erreichung der obigen Ziele muss eine Revidierung der gan-
 zen Maschinerie der GAP zu einer~~ wirksamen und "wirtschaftlichen"
 Verwendung der zur Verfügung stehenden Finanzmitteln ~~führen, muss~~
^{und}
 den obigen Zwecken dienen.

11

Da jedoch weder die Produktivität noch das landwirtschaftliche Einkommen (absolut oder relativ genommen), noch die sonstigen Umstände in allen Gebieten und bei allen MS der Gemeinschaft die gleichen sind, wird durch die ungleichmässige und nicht übereinstimmende Entwicklung im Inneren der Gemeinschaft die Notwendigkeit bedingt bei der Anwendung der GAP in der Praxis wahlweise vorzugehen und das Prinzip der Priorität bei der Verwendung der Finanzmittel einzuhalten.

Wenn man das oben dargelegte vor Augen hält, erscheinen die Vorschläge der Kommission nicht als befriedigend.

Die wichtigsten Wesenszüge dieser Kommissionsvorschläge könnten wie folgt zusammengefasst werden :

- a) Drastische Ersparnisse, ^{gleichmässig} ~~un~~ ^{allgemein} ~~gerech~~ durchgesetzt, somit von ~~totalen~~ Charakter und alle Erzeugnisse ergreifend.
- b) Versuch der Einschränkung der gesamten landwirtschaftlichen Produktion der Gemeinschaft, wiederum ganz horizontal, alle Erzeugnisse und alle Produzenten erfassend,
- c) Ignorierung des Prinzips der ^{Gemeinschaft} ~~Präferenz~~ bei der ~~Gemeinschaft~~ von bestimmten Erzeugnissen, bestimmter Gemeinschaftsgebiete.
- d) Übertragung an alle Produzenten und für alle Erzeugnisse der Verantwortung für die Absetzung der Überschüsse.

Angeht ^{bestehend} ~~der Tatsache, geschaffen durch die Vereinbarungen mit~~ dritten Ländern, erkennt die Kommission, ~~die damit auch nicht anders verfahren kann, an,~~ dass ein Teil der von der Gemeinschaft getätigten Ausgaben durch den politisch motivierten Abschluss von besonderen ^{Preferenzen} ~~Vorzugsvereinbarungen~~ mit dritten Ländern veranlasst wird, ^{Preis ist wohl} ~~was fast ausschliesslich auch der Grund der in Zeitabständen~~

aufkommenden "künstlichen" Überschüssen von Mittelmeererzeugnissen ~~sein dürfte~~. Es ist erwähnenswert, dass die Kommission diese Erscheinung feststellt und nicht bestreitet, ^{Sie} vermeidet jedoch in ~~dem Falle~~ irgendeine konkrete Lösung vorzuschlagen, bis auf eine freilich : auch die Produzenten dieser Erzeugnisse sollten im Grunde genommen die Last des Bekenntnisses zu einer allgemeinen Handels- und Aussenpolitik der EWG tragen.

Bei den Anregungen der Kommission kommt die paradoxe Erscheinung auf, dass die bestehenden Probleme mit fachmännischer Schärfe, kundig und richtig erfasst und dargelegt werden, die geäußerten Vorschläge jedoch für die Heilung des Übels etwas vag und generalisiert ausfallen und im Endergebnis ^{allen selbst den Unzulänglichkeiten} ~~grob ungleichen und weniger un-~~ ~~gleichen~~ dieselbe Behandlung widerfahren lassen. Das Ergebnis davon ist, dass die ungleichen Tendenzen bei der Landwirtschaft ^{Gemeinschaft sich verzeichnen werden} ~~der Gemeinde nicht beseitigt oder erhalten, sondern eher bestärkt werden.~~

Die Kommission regt an eine neue finanzwirtschaftliche Richtlinie zu statuieren, nach welcher der Erhöhungskoeffizient der landwirtschaftlichen Ausgaben niedriger sein wird als derjenige der Erhöhung der Ressourcen der Gemeinschaft.

Die finanzwirtschaftlichen Mittel, welche für die ~~Umsetzung der~~ GAP ~~in die Tat~~ zur Verfügung stehen werden in einen durch zwei ^{Prinzipien} ~~Grundeinschränkungen~~ ^{beschränkt} geschaffenen Rahmen eingeschlossen. Diese ~~Prinzipien~~ sind :

- a) die statuierten eigenen ^{Einkommen} ~~Bezugsquellen~~ der Mittel der Gemeinschaft und ^{einer gemeinsamen Politik auf}
- b) die Notwendigkeit der Durchführung ~~auch anderer Finanzierungen~~ ^{auf anderen Gebieten ausserhalb der Landwirtschaft} durch die Gemeinschaft, ausser der von der GAP vorgesehenen.

die Einnahmen der Gemeinschaft

Solange man ~~den obigen Parameter unter lit. a~~ für endgültig gegeben und ~~unerschütterlich~~ hält, dürfte es wohl von logischer Konsequenz sein zu verlangen, dass der Erhöhungsrhythmus der Ausgaben für die GAP ~~den Schritt~~ ^{mit} der Erhöhung der eigenen Mittel der Gemeinschaft ~~nicht überholt~~. ^{schritt hält bzw. geringer ist} Die Einhaltung einer solchen Regel ist ^{zweckmäßig} ~~von Sinn~~, wenn diese ^{eine solide Regel für} innerhalb einer kurzen Zeitspanne (etwa von höchstens fünf Jahren) ^{gelte} ~~gewahrt~~ wird. Wird aber ein langer Zeitraum ins Auge gefasst, dann sollten richtigerweise die eigenen Ressourcen der Gemeinschaft den durch ihre politischen Zielstreben geschaffenen Bedürfnissen angepasst werden und nicht umgekehrt. ^{dauerhaft} Somit erscheint jede, ^{für die} ständig gemeinte, einschränkende Regel, ~~das Erhöhungstempo der Ausgaben für die GAP betreffend~~, ^{als} als irrig und ~~dürfte~~ daher nicht annehmbar ~~sein~~.

Die Finanzierung ~~der Verfolgung~~ neuer politischer Ziele darf keinesfalls die Reduktion der ^{Mittel für die} ~~für die Umsetzung der GAP in die Tat~~ ~~erforderlichen, ja unerlässlichen Mittel~~ zur Folge haben.

Die Finanzierungsbedürfnisse der GAP werden von ~~den Mitteln und~~ ^{den zu erzielenden} Massnahmen vorgeschrieben, welche für die Förderung der vorgesehnen Zwecke und die Erreichung der gesteckten Ziele ^{bestimmt} ~~nicht zu missen~~ sind. Für die ^{Anwendung} ~~Einweihung~~ jeder neuen Politik sind auch neue, zusätzliche Einnahmen erforderlich. Die griechische Seite vertritt deswegen die Auffassung, dass es vonnöten ist Mittel und Wege zu finden, um die Einnahmen der Gemeinschaft zu erhöhen.

Die von der Kommission formulierten Vorschläge und die von den nördlichen Ländern ausgeübte Kritik gehen von einer ~~staatswirtschaftlichen~~ oder streng finanziellen Bewertung der Agrarpolitik aus. ^{Die Agrarpolitik} Letztere jedoch darf ^{vor} ~~sich nicht allein und ausschliesslich~~ auf ~~staatswirtschaftliche und~~ (finanzielle Berechnungen ^{bestimmt werden} fundieren.

Unser Wollen
bestimmt unser
Tun und nicht
andere heutige
Praxis die
Zukunft

124
Vorallem in Ländern wo ein erheblicher Teil der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebt

Die Agrarpolitik hat auch ^{eine} ~~ihre~~ sozialen Seiten. Sie ~~ist~~ ^{ist} nicht ~~nur oder ausschlielich~~ ^{politik} allein auf die Wirtschaft, sondern auch auf die allgemeine Politik eingestellt. ~~Angestrebt wird nämlich in dem Falle nicht~~ ^{im allgemeineren Sinne. Es geht nicht nur darum den Lebensstandard zu erhöhen} allein die Erhöhung des Lebensstandes auf dem Lande, sondern noch die Entwicklung des nicht städtischen Raumes, der den weit-
aus breiteren Teil des Landes ausmacht. ^{ein andere Lebensqualität} im ländlichen Raum zu sichern, ~~die Entwicklung~~ ^{die Entwicklung} eine harmonische Entwicklung von Stadt und Land zu sichern.

15

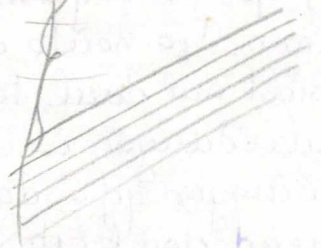
Ich hoffe mit diesen Bemerkungen einen zentralen Punkt künftiger europäischer Politik genügend betont zu haben. Der europäische Zusammenschluß wirft nicht nur Fragen der Marktregelung und des freien Warenverkehrs auf. Er stellt viel weitergehende Probleme einer Anpassung wirtschaftlicher und sozialer Strukturen auf eine gemeinsame höhere Stufe, daher Fragen ~~also~~ von ~~Planung~~ sozialer und wirtschaftlicher Planung, Gestaltung ~~von~~ wirksamen administrativen Mechanismen. Die heute auftretenden Schwierigkeiten können nicht nur durch technokratische Zweckmäßigkeitsentscheidungen überwunden werden. Vielmehr müssen Lösungen gefunden werden, die der bestehenden Vielfalt und den bestehenden Unterschieden gerecht werden. Damit wird die Integration der Wirtschaften nicht zu ~~einer~~ Hegemonie der Starken und zur Abhängigkeit der Schwachen führen, sondern einen Fortschritt für alle Menschen in der Gemeinschaft ^{bringen} führen und ~~zu~~ die Demokratisierung unserer Gesellschaften sichern. Die supranationale Politik muß ~~sich~~ auf Prinzipien der internationalen Solidarität und nicht auf das nationale Eigeninteresse aufgebaut werden. Dies wird den Menschen in allen Ländern der Gemeinschaft ^{verbesserte} Lebensbedingungen und höhere Lebensqualität bringen, und somit eine sich auf einen gemeinsamen Willen und auf einer gemeinsamen Überzeugung Einheit Europas fördern.

Pano

- Futtermittelimporte
 - meinen eigenen Standpunkt

- Bericht des Rechnungshofes, Veranschaulichung
- sparsamere Verwendung rationeller
- Grind. Quotenregelung

- mehr Def 0
- Marktgleich
- Marktgleichgewicht
- Produktion Ausweit
- Ordnung auf der Aufgaben Seite



- positiver Währungsausgleich
 - Währungsbeitrag

